

Auf dem Weg zu einem Bibliotheksgesetz

Kurzbericht des DBV-Landesverbands Thüringen für die Beiratssitzung am 21./22.09.2006 in Darmstadt

Der Landesverband Thüringen im Deutschen Bibliotheksverband hat in den letzten Jahren die Auseinandersetzung mit politischen Themen und den Kontakt in den kultur- und bildungspolitischen Raum zu einem wichtigen Aspekt seiner Arbeit gemacht. Im Kontext dieser Gespräche ist immer wieder das Stichwort „Bibliotheksgesetz“ gefallen. Der Vorstand des DBV-Landesverbands hat sich im vergangenen Jahr u.a. um einen Kontakt zum Arbeitskreis „Wissenschaft, Kunst und Medien“ der CDU-Fraktion im Landtag bemüht. Der erste offizielle Termin zwischen den beiden Gremien wurde so vereinbart, dass man sich am 26. Mai 2005 in Arnstadt - in der Thüringer Bibliothek des Jahres 2004 - traf, um sich zunächst eher allgemein zur Situation und zu Problemen der Bibliotheken in Thüringen zu verständigen. Dabei wurden sowohl die Probleme der öffentlichen als auch die der wissenschaftlichen Bibliotheken in den Blick genommen.

Zum Zeitpunkt des Gesprächs mit dem Arbeitskreis stand bereits fest, dass der 11. Thüringer Bibliothekstag am 5. Oktober 2005 unter der Überschrift „Auf dem Weg zu einem Bibliotheksgesetz“ stehen würde. Für diesen Titel hatte sich der Landesvorstand nach durchaus kontroverser Diskussion entschieden, um ein deutliches Signal zu setzen. In einer Podiumsdiskussion am Nachmittag kamen Vertreter aller drei im Thüringer Landtag vertretenen politischen Parteien (CDU, Linkspartei/PDS, SPD) zu Wort. Alle drei äußerten sich zustimmend und unterstützend zum Projekt eines „Thüringer Bibliotheksgesetzes“.

Vor dem Hintergrund des erfolgreichen Verlaufs des Bibliothekstags stand der Vorstand des Landesverbands unter Druck, sein Projekt eines „Thüringer Bibliotheksgesetzes“ zu konkretisieren. Hier erwies sich die Zusammenarbeit mit dem Vorsitzenden des Regionalverbands Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen des VDB, Eric Steinhauer, als überaus fruchtbar. Der Kollege Steinhauer legte zu Beginn des Jahres 2006 einen ersten Entwurf vor. Dieser Entwurf wurde auf einer Klausurberatung des Vorstands mit Herrn Steinhauer am 2. Februar 2006 ausführlich diskutiert und redaktionell bearbeitet.

Nach einigen Überlegungen erschien es den Initiatoren naheliegend, den Versuch, zu einem Bibliotheksgesetz zu gelangen, auf der Ebene des Freistaats Thüringen zu unternehmen. Ein solcher Versuch muss selbstverständlich die politischen Rahmenbedingungen akzeptieren, auf die er trifft. Zu diesen Rahmenbedingungen gehört aus Sicht der Initiatoren, dass es in Thüringen – und wohl auch in anderen Bundesländern – nicht vorstellbar ist, einen Gesetzentwurf auf den Weg zu bringen, der von Landesseite den Kommunen neue finanzielle Verpflichtungen auferlegt. Ein solches „Leistungsgesetz“ hätte aus unserer Sicht nicht die geringste Aussicht auf Erfolg.

In der Gesetzestypologie gibt es neben den Leistungsgesetzen aber auch die sog. „Programm-“ oder „Plangesetze“, mit denen der Gesetzgeber einen grundsätzlichen Willen bekundet und Standards definiert. In diesem Sinne wurde auch der jetzt vorliegende Entwurf für ein „Thüringer Bibliotheksgesetz“ konzipiert. In ihm wird deutlich zum Ausdruck gebracht, wie wichtig die Aufgaben sind, die von Bibliotheken erfüllt werden - und trotzdem würde sich dadurch keine Möglichkeit ergeben, gegen die Schließung einer bestimmten Bibliothek oder gegen die Streichung von Personalstellen und die Reduzierung des Erwerbungssetats zu klagen.

Der redaktionierte Entwurf wurde auf einer Pressekonferenz am 14. März 2006 der Öffentlichkeit vorgestellt. Das Echo war verhalten, aber positiv. Zumindest aus der Fraktion der Linkspartei/PDS hat es noch am gleichen Tag eine Presseerklärung gegeben, dass man das Anliegen des Bibliotheksverbands unterstützen werde. In Thüringen kommt es jetzt vor allem darauf an, wie sich die CDU, die die Mehrheitsfraktion im Landtag stellt, in dieser Frage positioniert.

*Dr. Frank Simon-Ritz,
Vorsitzender des Landesverbands Thüringen im DBV*